

Zivilstandsverordnung (ZiV)

vom 30. November 1987¹

Der Grosse Rat des Kantons Appenzell I. Rh.,
gestützt auf Art. 49 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB), die Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004 (ZStV), die Verordnung über Transport und Beisetzung ansteckungsgefährlicher Leichen sowie Transport von Leichen vom und ins Ausland vom 17. Juni 1974 und Art. 27 Abs. 1 der Kantonsverfassung vom 24. Wintermonat 1872,²

beschliesst:

I. Organisation

A. Zivilstandsamt

Art. 1³

¹Im Kanton bestehen zwei Zivilstandskreise:

Zivilstandskreise

- a. Der Zivilstandskreis Appenzell mit Amtssitz in Appenzell, umfassend den inneren Landesteil;
- b. Der Zivilstandskreis Oberegg mit Amtssitz in Oberegg, umfassend den Bezirk Oberegg.

²Das Zivilstandsamt im Zivilstandskreis Appenzell nimmt für das ganze Kantonsgebiet die Aufgaben eines Sonderzivilstandsamtes gemäss Art. 2 Abs. 2 ZStV wahr.

Art. 2⁴

Im Zivilstandskreis Appenzell sorgt der Kanton und im Zivilstandskreis Oberegg der Bezirk für zweckmässige Amtsräume und Einrichtungen, welche die erforderlichen Sicherheitsmassnahmen erfüllen.

Amtsräume

¹ Mit Revisionen vom 18. Juni 1990, 28. Februar 2000 (rückwirkend auf 1. Januar 2000 in Kraft gesetzt), 23. Juni 2003, 25. Oktober 2004 (rückwirkend auf 1. Juli 2004 in Kraft gesetzt), 20. November 2006, 18. Juni 2012, 3. Dezember 2012, 1. Dezember 2014 und 26. Juni 2017.

² Titel und Ingress abgeändert durch GrRB vom 23. Juni 2003. Ingress abgeändert durch GrRB vom 18. Juni 2012.

³ Abgeändert durch GrRB vom 25. Oktober 2004. Neue Fassung durch GrRB vom 18. Juni 2012.

⁴ Ergänzt durch GrRB vom 28. Februar 2000.

Art. 3

Register und
Formulare, Be-
zug Die vorgeschriebenen Register, Verzeichnisse und Formulare werden den Zivilstandsämtern vom Kanton kostenlos zur Verfügung gestellt.

Art. 4¹

Zivilstandsbeam-
te Die Standeskommission ernennt für die Zivilstandskreise Appenzell und Oberegg je mindestens einen Zivilstandsbeamten* und regelt die Stellvertretung.

Art. 5²

Regelung des
Dienstverhält-
nisses Das Dienstverhältnis der Zivilstandsbeamten und deren Stellvertreter ist durch die Personalverordnung geregelt.

Art. 6³

Ausserordentli-
che Stellvertre-
tung Ausserordentliche Stellvertretungen werden durch die Standeskommission be-
stimmt.

Art. 7⁴

Amtssprache Deutsch ist Amtssprache.

Art. 8

Aufbewahrung,
Verfilmung der
Register ¹Die Zivilstandsämter sorgen für die sichere Aufbewahrung der Register, Verzeich-
nisse und Belege.

²Die Register sind periodisch zu verfilmen.

B. Aufsichtsbehörde

Art. 9

Aufsichts-
behörde Aufsichtsbehörde über das Zivilstandswesen ist die Standeskommission.

Art. 10⁵

Inspektion ¹Die Aufsichtsbehörde trifft die für die Inspektion der Zivilstandsämter notwendigen
Vorkehrungen.

¹ Eingefügt durch GrRB vom 25. Oktober 2004.

* Die Verwendung der männlichen Bezeichnungen gilt sinngemäss für beide Geschlechter.

² Abgeändert durch GrRB vom 23. Juni 2003. Neue Nummerierung durch GrRB vom 25. Oktober 2004.

³ Neue Nummerierung und neue Fassung durch GrRB vom 25. Oktober 2004.

⁴ Abgeändert durch GrRB vom 18. Juni 1990 und 25. Oktober 2004.

⁵ Abgeändert (Abs. 1) durch GrRB vom 28. Februar 2000 und 25. Oktober 2004.

²Der Bericht über die Inspektionen ist dem Zivilstandsbeamten zu eröffnen sowie von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen und an die Bundesbehörde weiterzuleiten.

Art. 11¹

Gegen Verfügungen des Zivilstandsbeamten und seiner Stellvertreter kann innert dreissig Tagen seit Kenntnisnahme bei der Aufsichtsbehörde Rekurs erhoben werden. Rekurs

II. Registerführung

A. Allgemeines

Art. 12²

Der Zivilstandsbeamte führt die durch die eidgenössische Zivilstandsverordnung vorgeschriebenen Register. Registerarten

Art. 13³

Art. 14⁴

Art. 15⁵

In den nach der eidgenössischen Zivilstandsverordnung vorgeschriebenen Einzelregistern werden unbeschriebene Stellen mit einem Schlusszeichen versehen. Schlusszeichen

Art. 16⁶

¹ Abgeändert durch GrRB vom 28. Februar 2000.

² Abgeändert durch GrRB vom 18. Juni 1990 und 28. Februar 2000. Abgeändert durch GrRB vom 20. November 2006 (Inkrafttreten: 1. Januar 2007).

³ Abgeändert durch GrRB vom 28. Februar 2000. Abgeändert durch GrRB vom 20. November 2006 (Inkrafttreten: 1. Januar 2007). Abgeändert durch GrRB vom 3. Dezember 2012. Aufgehoben durch GrRB vom 26. Juni 2017 (Inkrafttreten: 1. Juli 2017).

⁴ Aufgehoben durch GrRB vom 26. Juni 2017 (Inkrafttreten: 1. Juli 2017).

⁵ Abgeändert durch GrRB vom 18. Juni 1990.

⁶ Aufgehoben durch GrRB vom 26. Juni 2017 (Inkrafttreten: 1. Juli 2017).

B. EinzelregisterArt. 17¹Geburtsregister,
Geburtsanzeige

Für die Anzeige einer Geburt ist das Formular „Geburtsanzeige“ zu verwenden, durch den beigezogenen Arzt, die Hebamme oder die Spitalverwaltung auszufüllen und umgehend dem Zivilstandsamt des Geburtsortes zuzustellen.

Art. 18²Kind unbekann-
ter Abstammung

¹Wer ein Kind unbekannter Abstammung findet, hat sofort die Standeskommission zu benachrichtigen. Diese veranlasst umgehend die polizeilichen Ermittlungen (Kantonspolizei/Staatsanwaltschaft).

²Fehlen Anhaltspunkte über die Abstammung des Kindes, so gibt die Standeskommission - für Oberegg nach Antrag des Bezirksrates - dem Kind Familien- und Vornamen, veranlasst bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde das Erforderliche und erstattet dem Zivilstandsbeamten schriftlich Anzeige. Das Kind unbekannter Abstammung erhält das Bürgerrecht des Zivilstandskreises, in dem es gefunden worden ist.

Art. 19³Todesregister,
Todesbescheini-
gung

Für jeden Todesfall ist vom behandelnden oder nach dem Tod beigezogenen Arzt das Formular „ärztliche Todesbescheinigung“ auszufüllen und unverzüglich dem Anzeigepflichtigen, zuhanden des Zivilstandsamtes des Todesortes, zu übergeben.

Art. 20⁴Bestattungs-
bewilligung,
Leichenpass

¹Nach Eingang der ärztlichen Bescheinigung des Todes hat der Zivilstandsbeamte die Bestattungsbewilligung auszufertigen. Vorbehalten bleiben entgegenstehende Verfügungen der Untersuchungsbehörden.

²Für die Ausstellung eines Leichenpasses ist die Kantonspolizei zuständig.

Art. 21⁵Zivilstands-
registereintra-
gungen mit Aus-
landbezug

¹Das Zivilstandsamt hat der Aufsichtsbehörde die Dokumente zur Prüfung zu unterbreiten, wenn es um folgende Sachverhalte oder Eintragungen in die Zivilstandsregister geht:

¹ Abgeändert durch GrRB vom 28. Februar 2000.

² Abgeändert (Abs. 2) durch GrRB vom 28. Februar 2000. Abgeändert (Abs. 1) durch GrRB vom 23. Juni 2003. Abgeändert (Abs. 2) durch GrRB vom 1. Dezember 2014.

³ Abgeändert durch GrRB vom 28. Februar 2000.

⁴ Abgeändert (Abs. 1) durch GrRB vom 25. Oktober 2004.

⁵ Neue Fassung durch GrRB vom 18. Juni 1990 und GrRB vom 28. Februar 2000. Abgeändert (Abs. 1 lit. c) durch GrRB vom 20. November 2006 (Inkrafttreten: 1. Januar 2007).

- a) Namensführung, sofern ausländisches Recht auf den Namen anwendbar ist oder sein könnte;
- b) Kindeserkennung, sofern die anerkennende Person oder das Kind nicht die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzt;
- c) Eheschliessung oder Eintragung einer Partnerschaft, sofern eine der verlobten Personen bzw. einer der Partner nicht die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzt.

²Die Aufsichtsbehörde kann Zivilstandsbeamte, die über die erforderlichen Sachkenntnisse verfügen, ermächtigen, die Prüfung der Dokumente ganz oder teilweise selbst vorzunehmen.

C. Elektronische Datenbank (Infostar)¹

Art. 22²

D. Familienregister

Art. 23³

Das Familienregister wird in Buchform oder in Form eines Kartenregisters mit Maschinenschrift geführt. Familienregister

III. Namensführung nach der Eheschliessung

Art. 24⁴

¹ Neuer Titel durch GrRB vom 25. Oktober 2004.

² Eingefügt durch GrRB vom 25. Oktober 2004. Aufgehoben durch GrRB vom 18. Juni 2012.

³ Neue Nummerierung durch GrRB vom 18. Juni 1990.

⁴ Neue Nummerierung durch GrRB vom 18. Juni 1990. Abgeändert durch GrRB vom 28. Februar 2000. Aufgehoben durch GrRB vom 25. Oktober 2004.

IV. Kontrollen, Mitteilungen und Gebühren

Art. 25¹

Art. 26²

Kontrolle über Verbeiständete Der Zivilstandsbeamte führt eine Kontrolle über die umfassend verbeiständeten Bürger seines Zivilstandskreises.

Art. 27³

Mitteilungen nach kantonalem Recht Neben den in besonderen Bestimmungen des Bundes und des Kantons vorgeschriebenen Mitteilungen hat der Zivilstandsbeamte zu melden:

- a) der Einwohnerkontrolle alle Zivilstandstatsachen, welche die im Zivilstandskreis wohnhaften Personen betreffen;
- b) der kantonalen Steuerverwaltung und der Erbschaftsbehörde alle Todesfälle der im Zivilstandskreis wohnhaften Personen;
- c) der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde den Tod einer umfassend verbeiständeten Person.

Art. 28⁴

Gebühren ¹Die Gebühren für Dienstleistungen der Zivilstandsbehörden richten sich nach der eigenössischen Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV).
²Die Vorbereitung der Eheschliessung bzw. Eintragung einer Partnerschaft und die Trauung bzw. die Beurkundung einer eingetragenen Partnerschaft sind gebührenpflichtig. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach der in Abs. 1 dieses Artikels genannten Gebührenverordnung.

¹ Neue Nummerierung durch GrRB vom 18. Juni 1990. Aufgehoben durch GrRB vom 25. Oktober 2004.

² Neue Nummerierung durch GrRB vom 18. Juni 1990. Abgeändert durch GrRB vom 1. Dezember 2014.

³ Neue Nummerierung durch GrRB vom 18. Juni 1990. Abgeändert (lit. c) durch GrRB vom 1. Dezember 2014.

⁴ Neue Nummerierung durch GrRB vom 18. Juni 1990. Abgeändert durch GrRB vom 28. Februar 2000. Abgeändert (Abs. 2) durch GrRB vom 20. November 2006 (Inkrafttreten: 1. Januar 2007).

V. Straf- und Schlussbestimmungen¹

Art. 29²

Die Beurteilung von Verstössen wegen Missachtung der in der eidgenössischen Zivilstandsverordnung statuierten Anzeigepflichten ist Sache der Standeskommission. Strafbestimmung

Art. 30³

Art. 31⁴

Diese Verordnung tritt nach Annahme des Grossen Rates unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Bundesrat auf den 1. Januar 1988 in Kraft. Inkrafttreten

Vom Bundesrat genehmigt am 15. Januar 1988, am 10. Dezember 1990 (Änderungen vom 18. Juni 1990) und am 22. März 2000 (Revision vom 28. Februar 2000).

Vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement genehmigt am 22. Dezember 2004 (Revision vom 25. Oktober 2004).

¹ Titel abgeändert durch GrRB vom 23. Juni 2003.

² Neue Nummerierung durch GrRB vom 18. Juni 1990. Abgeändert durch GrRB vom 25. Oktober 2004.

³ Eingefügt durch GrRB vom 25. Oktober 2004. Aufgehoben durch GrRB vom 20. November 2006 (Inkrafttreten: 1. Januar 2007).

⁴ Abgeändert durch GrRB vom 18. Juni 1990 (Neue Nummerierung). Abgeändert durch GrRB vom 23. Juni 2003.